

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 0113/2018 (DDI)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Auswirkungen des TARMED-Eingriffs auf den Kanton Solothurn (05.09.2018)

Der Regierungsrat wird höflich um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, ob bestimmte ambulante Behandlungen mit dem seit 01.01.2018 gültigen TARMED-Tarif nicht mehr kostendeckend erbracht werden können und wenn ja, welche Behandlungen betroffen sind?
2. Gibt es Hinweise oder gesicherte Erkenntnisse, dass Leistungserbringer solche nicht kostendeckend zu erbringenden Leistungen aufgeben oder sich gar ganz aus derartigen medizinischen Disziplinen zurückziehen werden?
3. Wie stellt der Regierungsrat gegebenenfalls sicher, dass die medizinische Versorgung bei Behandlungen mit nicht kostendeckenden Tarifen für die Solothurner Bevölkerung gewährleistet ist?
4. Welche direkten finanziellen Auswirkungen hat der TARMED-Eingriff 2017 generell für den Kanton Solothurn, namentlich a) durch Verminderung der Steuereinnahmen durch öffentliche und private Spitäler sowie weitere Leistungserbringer im Gesundheitsbereich (z.B. ambulante Leistungserbringer wie Rodiag AG u.a. ?); b) durch Verminderung der Steuereinnahmen bei Privatpersonen (z.B. durch reduzierte Einkommen der selbständigen Ärztinnen und Ärzte) oder c) durch allfällig zu leistende neue oder zusätzliche „Gemeinwirtschaftliche Leistungen“; oder d) allfällige finanzielle Zuschüsse anderer Art?
5. Welche Auswirkungen hat der TARMED-Eingriff 2017 konkret auf die Solothurner Spitäler AG soH?
6. Welche Risiken entstanden oder veränderten sich durch den TARMED -Eingriff für den Kanton, namentlich bei der allfälligen Realisierung eines Verlustes durch die Solothurner Spitäler AG?
7. Gibt es weitere Auswirkungen auf oder Risiken für den Kanton Solothurn, insbesondere finanzieller Art?
8. Hat der TARMED-Eingriff Einfluss auf den Grundsatz «ambulant vor stationär»?
9. Welche Massnahmen kann der Regierungsrat ergreifen oder hat er bereits ergriffen, um allfällige nachteilige Folgen und Risiken des TARMED -Eingriffs zu verringern?
10. Hat sich dieser TARMED-Eingriff positiv auf die Prämien der Grundversicherung ausgewirkt?

Begründung 05.09.2018: schriftlich.

Der Bundesrat hat auf 01.01.2018 eigenmächtig den ambulanten Ärztetarif TARMED angepasst (TARMED-Eingriff) und damit Ärztetarife gesenkt, nachdem zuvor Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern über eine einvernehmliche Anpassung gescheitert waren. Es ist umstritten, ob die neuen Tarife für die Leistungserbringer (Spitäler, Kliniken etc.) wirtschaftlich sind. Sollten die Leistungserbringer zur Überzeugung gelangen, dass gewisse Behandlungen wegen des TARMED Eingriffs nicht mehr kostendeckend erbracht werden können, besteht die Gefahr, dass sie diese Behandlungen nicht mehr anbieten. Es bleibt die Frage, ob diese dadurch allfällig entstehenden Lücken die sichere Versorgung der Solothurner Bevölkerung gefährden.

Der Eingriff in die Tarifstruktur wird zudem zwangsläufig Einfluss auf die Ertragslage der Leistungserbringer haben, selbst wenn diese die Mindereinnahmen auf andere Weise «verdauen» (z.B. durch den Abbau von Stellen, Lohnsenkungen oder Leistungsabbau). Verändert sich die Ertragslage von grossen, im Kanton tätigen und/oder ansässigen Unternehmen bzw. einer Vielzahl von freiberuflichen Ärztinnen und Ärzten, so hat dies direkte Auswirkungen auf das Steuersubstrat des Kantons. In noch viel grösserem Masse und noch direkter ist der Kanton wohl als Aktionär der Solothurner Spitäler AG betroffen.

In diesem Zusammenhang interessiert, welche Auswirkungen der TARMED-Eingriff auf die Versorgungslage im Kanton und auf die Solothurner Spitäler AG hat, welche finanziellen Folgen zu erwarten sind und welche Risiken für den Kanton, die Einwohnerinnen und Einwohner und ansässige Unternehmen dieser Eingriff mit sich bringt. Nur so kann abgeschätzt werden, ob allfällige Auswirkungen auf die Prämien der Grundversicherung gerechtfertigt sind, was die Anschlussfrage mit sich bringt, ob eine solche Auswirkung zu beobachten ist. Der Verdacht, dass bis zu einem gewissen Grad die Krankenkassen auf dem Buckel der öffentlichen Hand entlastet werden sollen, ist nicht von der Hand zu weisen. Darüber ist Klarheit zu gewinnen.

Unterschriften: 1. Markus Spielmann, 2. Urs Unterlerchner, 3. Simon Michel, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Daniel Cartier, Peter Hodel, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Beat Loosli, Marianne Meister, Anita Panzer, Christian Scheuermeyer, Andreas Schibli, Heiner Studer, Christian Thalmann, Kuno Tschumi, Beat Wildi, Mark Winkler (21)